



Juli 1980

Alle Dreck nach Mörfelden – wie lange noch?

1445 Tonnen Klärschlamm monatlich auf die Mörfelder Mülldeponie

Auf der Mörfelder Deponie wird immer gefährlicherer Müll abgeladen. Die Straßen unserer Stadt werden noch mehr von Müllfahrzeugen belastet und verschmutzt. Unser Grundwasser wird weiter beeinträchtigt. Unser Trinkwasser ist damit noch größerer Gefahr ausgesetzt.

Das ist die Situation nachdem im Kreis Groß-Gerau eine erneute Panne auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung aufgetreten ist. Zuerst war es die Müllkompostierungsanlage in Bischofsheim (Baukosten ca. 18 bis 20 Millionen DM), die stillgelegt werden mußte und aufgrund dessen Mörfelden zu dem Sperrmüll, den Hausmüll des gesamten Kreises aufzunehmen hat (der „blickpunkt“ berichtete bereits ausführlich in mehreren Ausgaben über dieses Dilemma). Jetzt ist es die Zentralkläranlage Rüsselsheim/Raunheim, die von sich reden macht. Auch dort, ähnlich wie in Bischofsheim, ist man auf die Lieferfirma hereingefallen. Denn jetzt mußte wegen unerträglicher Geruchsbelästigungen ein Teil der Anlage, die thermische Klärschlammbehandlung, außer Betrieb gesetzt werden (28 Millionen DM Steuergelder für eine Anlage, die offenbar nichts taugt!). Aber auch in Rüsselsheim und Raunheim erinnert man sich an Mörfelden. Kurzerhand wird der unbehandelte Klärschlamm auf die Deponie nach Mörfelden gefahren. Die DKP-Fraktion richtete sofort nach Bekanntwerden folgende Anfrage an den Magistrat:

Werden die Klärschlämme, die aus dem Kreisgebiet zur Mörfelder Deponie gebracht werden, auf ihre Zusammensetzung hin untersucht?
Ist bekannt, daß von der Zentralkläranlage Rüsselsheim, nach dem Ausfall der thermischen Schlammbe-

handlungsanlage, Klärschlamm nach Mörfelden gebracht wird, der von schwer abbaubaren Abwässern aus dem Raunheimer Kanal stammt, mit einem Anteil von Zink, Kupfer, Sulfid und Bisulfid?

Diese Stoffe sollen evtl. (nach Mitteilung der Presse) aus Überschußschlämmen Raunheimer Fabrikanlagen stammen. (Hoechst-Tochter Ticona und Caltex)

Kann von solchen Klärschlämmen

eine erhöhte Gefahr für unser Trinkwasser, bzw. von dem Transport durch die Mörfelder Ortsstraßen eine Gefahr für Erwachsene und Kinder unserer Stadt ausgehen?

Am Dienstag, den 8. 7. 1980 kam dann Landrat Blodt mit großem Gefolge, zwei Direktoren der Riedwerke und seinem Hausjuristen, nach Mörfelden zur Bauausschußsitzung. Er be-



Neben dem gesamten Sperr- und Hausmüll des Kreises Groß-Gerau, werden jetzt monatlich noch 1 450 Tonnen Klärschlamm zur Mülldeponie in Mörfelden gefahren.

Auf eine Deponie, in deren unmittelbarer Nähe sich die Brunnen von Mörfelden und Walldorf befinden. Bei Besuchen auf der Mülldeponie stellten DKP-Stadtverordnete fest, daß es jetzt schon fast unmöglich ist, den abgeladenen Müll zu kontrollieren. Der Klärschlamm, der mit solchen riesigen Kübelwagen angeliefert wird, erhöht die Gefahr für unser Trinkwasser.

▼ richtete, daß monatlich nach Ausfall der Anlage in Rüsselsheim erheblich mehr, nämlich jetzt 1 450 Tonnen Klärschlamm nach Mörfelden gebracht werden. Die Menge betrug noch im Mai aus dem Kreis, einschließlich Mörfelden, gut 600 Tonnen. Der Versuch, die Hälfte des Rüsselsheimer Schlammes auf die Deponie nach Wicker in den Main-Taunus-Kreis zu fahren, schlug fehl, da man dort ebenfalls Bedenken hatte.

Unzulässige Verharmlosung

Die Ausführungen des Landrates waren nichts weiter als eine fahrlässige Verharmlosung des gesamten Problems. Er äußerte: „Der Klärschlamm von Rüsselsheim/Raunheim ist nicht anders als der, anderer Gemeinden“, obwohl er zugeben mußte, daß die Laboruntersuchungen nach Schwermetallrückständen, noch nicht abgeschlossen waren, ja, obwohl er noch nichts über das Ausmaß der Belastungen aus dem Raunheimer Kanal durch dortige Industriebetriebe sagen konnte. Die einzige Beruhigungsspielie die er mitbrachte war die, daß die Schlämme jetzt alle 14 Tage untersucht würden. Der Landrat und mit ihm der Vorstand der Riedwerke meinte weiter, daß die Stadt Mörfelden-Walldorf und ihre Beschlußorgane bei dieser neuen Situation nicht gefragt werden müssen. SPD und CDU unserer Stadt haben also dem Kreis mit ihrer Zustimmung zum Vertrag, Tür und Tor geöffnet.

Erneut Gebührenerhöhungen angekündigt

Landrat Blodt brachte auch bei dieser Zusammenkunft die schon von ihm bei früheren Anlässen geäußerte Drohung zum Ausdruck, daß alle Maßnahmen, auch weitergehende Sicherheitsmaßnahmen, ihren Preis hätten, die sich zwangsläufig auf höhere Müllgebühren auswirken würden. Vor ein paar Jahren mußten auch die Bürger unserer Stadt höhere Müllgebühren bezahlen, da in Bischofsheim eine für den gesamten Kreis, hochgepriesene neue Kompostierungsanlage errichtet wurde. Heute argumentiert man für höhere Gebühren, weil diese Anlage nicht funktioniert. Das ist die Methode der verantwortlichen Politiker in diesem Land, die immer den Weg des geringsten Widerstandes gehen und die versuchen, immer alles auf die „kleinen Leute“ abzuwälzen. Man denkt offenbar immer noch nicht daran, die Lieferfirmen in den Regreß zu nehmen. So handelte bisher der Kreis bei dem Nichtfunktionieren der Kompostierungsanlage und jetzt bei der Rüssels-

heimer Kläranlage, obwohl dort einwandfreie Fehlplanung vorliegt. Wenn in dieser Richtung nicht bald etwas geschieht, müßte man Kungelei vermuten. Die DKP-Fraktion unserer Stadt hat dem ersten Vertrag 1974 und dem letzten vom 13. Mai 1980 nicht zugestimmt, weil sie glaubt, daß es unverantwortlich ist, eine solche Müllanhäufung mit all ihrer Gefahr, unweit der Trinkwasser-Förderung beider Stadtteile, zuzulassen. Sie protestiert deshalb nachhaltig gegen diese erneut gezeigte Leichtfertigkeit.

Sie verlangt, daß endlich über alle Industriebetriebe unseres Kreises ein Abwasser-Kataster erstellt wird, damit man weiß, wo die Vergifter unserer Umwelt zu greifen sind.

Die Zeitschrift „Der Städtetag“ schreibt in ihrer Ausgabe, Juni 1980, über geordnete Deponien, daß „sowohl bei der Standortwahl, beim Betrieb, als auch nach Abschluß der Deponie, den Anforderungen des Gewässerschutzes, Immissions- und Landschaftsschutzes, optimal Rechnung zu tragen ist.“ Wei-

ter heißt es hier, daß unbedingt eine Auskleidung des Bodens, ein Dränagesystem zur Erfassung und Ableitung von belasteten Sickerwässern erforderlich ist. Beides ist in Mörfelden nicht beachtet und nicht ausgeführt worden. Wenn morgen die Trinkwasserbrunnen unserer Stadt vergiftet sind, wissen wir warum.

Heinz Hechler

Schützenhilfe?

Die DKP-Anfrage zur Klärschlamm-Problematik ließ Bürgermeister Brehl nahezu drei Wochen in seiner Schublade liegen. In der Vergangenheit war es so, daß Anfragen und Anträge innerhalb einer Woche als gedruckte Vorlage den Stadtverordneten aller Fraktionen zugestellt wurden. Wollte der Bürgermeister dem Landrat und der „Kreistags-SPD“ Schützenhilfe leisten? DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler brachte in der Bauausschusssitzung seinen Unmut zum Ausdruck und stellte fest, daß damit gegen die Geschäftsordnung verstoßen wurde.



Trimm-Pfad in Walldorf eingeweiht

„Wenn man eine Idee hat, um sie kämpft und sie schließlich verwirklicht sieht, kann man stolz sein“, meinte DKP-Stadtverordneter Rudolf Dötsch, als der Walldorfer Trimm-Pfad, mit lustigem Spiel der Rot-Weiß-Kapelle, Freibier und einer Fahrrad-Verlosung seiner Bestimmung übergeben wurde.

Dieser neue Trimm-Pfad hat schon seine Geschichte. Die DKP-Fraktion stellte hierfür den Antrag und er wurde einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Der Magistrat setzte aber alsbald den Rotstift an und plädierte für die Aufhebung des Beschlusses. Nach den damaligen Angaben sollte eine Trimm-Station 1 700 Mark kosten. Wir waren der Meinung, daß die Bauhöfe unserer Stadt durchaus in der Lage wären, die überwiegende Zahl der Trimmgeräte zu erstellen und zu montieren. Schließlich gab man nach und realisierte die Anlage. Den städtischen Arbeitern muß man hierfür Dank sagen.

Mit einem Eröffnungslauf, an dem auch die drei DKP-Stadtverordneten teilnahmen, wurde der Trimm-Parcour mit seinen 20 Stationen „in Betrieb genommen“, Bis auf kleine Stücke der Waldwege, die wegen des Regenwetters noch nicht fertig ausgebaut werden konnten, ist es eine herrliche Anlage geworden und wir dürfen die Walldorfer hierzu beglückwünschen.

FVV erhöht die Preise

Vielleicht wollte der FVV (Frankfurter Verkehrsverbund) seine Kunden vorwarnen mit der Ankündigung, daß die Fahrpreise ab nächstes Jahr um 6,3 Prozent steigen werden. Bei den steigenden Benzinpreisen und bei ständig sich erhöhenden Lebenshaltungskosten, da kann scheinbar die öffentliche Hand, die Verkehrsbetriebe nicht zurückstehen.

So etwa hat man sich's gedacht in den Vorstandsetagen. Frankfurts CDU-Oberbürgermeister Wallmann hat es vor drei Jahren angekündigt: Jedes Jahr ein kleiner Sprung ist besser als jahrelange konstante Preise.

Solchen Leuten müßte man auf die Sprünge helfen. Man kann dies bei der Kommunalwahl im nächsten Frühjahr. Seit dem letzten Jahr sind die Beförderungszahlen bei der Bahn als auch bei S- und U-Bahn erheblich gestiegen. So auch die Einnahmen. Dies müßte doch bei der Fahrpreisgestaltung berücksichtigt werden. Ein attraktives Nahverkehrssystem (darunter versteht man eine rasche Zugfolge zu günstigen Preisen) hilft nämlich auch Energie sparen. rd

Wasser vom Tode bedroht

Unter diesem Titel wurde im 1. Fernsehprogramm am 18. Juni 80 eine Sendung ausgestrahlt. Es wurde deutlich und drastisch gezeigt welcher Gefahr unser Trinkwasser ausgesetzt ist. Man sah absterbende Bäume und einstürzende Häuser durch die enormen Absenkungen des Grundwasserspiegels der auch im hessischen Ried in den letzten Jahren durch die große Trinkwasserförderung für die Großstadt Frankfurt, bis zu 10 Meter gesunken ist. Es wurde deutlich gezeigt, wie sich die Versteppung Mitteleuropas ausbreitet und an manchen Stellen nur noch der Dornbusch wächst. Hieran werden auch die enormen Regenfälle der letzten Wochen wenig ändern können, da das Oberflächenwasser zu schnell abfließt, nicht zuletzt wegen der großen Waldverluste.

Es wurde in dieser Sendung aber auch deutlich gezeigt, daß die Industrie größter Verbraucher und größter Verschmutzer des Wassers ist. Vier Fünftel des gesamten Verbrauches geht auf Industriebetriebe, von ihnen wird das sechsfache der öffentlichen Wasserversorgung verwertet. Für die Herstellung von 15 kg Papier werden allein 16 000 Liter Wasser benötigt.

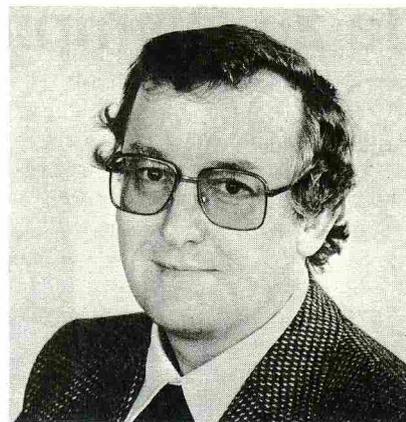
Für die Industrie ist der Verbrauch von Grundwasser billiger als die Verwendung und Aufbereitung von Flußwasser. Der Kommentator der Sendung meinte abschließend, daß die Konzerne auch von der Sanierung der Flüsse profitieren, aber sich kaum daran beteiligen.

Dem wäre noch hinzuzufügen, daß in Zukunft Bund, Länder und Gemeinde ihre Aufgaben nur dann bewältigen können, wenn sie die Kosten, nicht wie seither, immer nur auf den kleinen Mann abwälzen, sondern sich dort holen wo die großen Gewinne gemacht werden. H.H.

Rudi Hechler

DKP-Stadtverordneter

Bundestagskandidat
der DKP
für den Wahlkreis
Groß-Gerau



Als einen Etat der „Entschlossenheit und Einsicht“ hat Hessens Finanzminister Heribert Reitz (SPD) den jetzt vorgelegten Landesetat 1981 bezeichnet.

Der Etat hat ein Gesamtvolumen von 18,9 Milliarden DM, dem steht der Schuldenberg des Landes Hessen von fast 14 Milliarden DM gegenüber. Das entspricht der Summe die noch vor wenigen Jahren den Umfang des ganzen hessischen Staatshaushaltes ausmachte. Allein 2,2 Milliarden Mark hat Hessen 1981 für den Schuldendienst aufzubringen.

Finanzminister Reitz will jetzt mit der Verordnung eines „eisernen Sparbesens“ die Probleme meistern. Dieser Sparbesen löst aber überhaupt keine Probleme.

Wenn man die neuen Zahlen liest, dann muß man feststellen, daß der „Gesamtetat“ gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist. Wer trotz großer Schuldklassen, trotz hunderter arbeitsloser hessischer Lehrer erneut Lehrerstellen streicht, dem gehört bei Wahlen die rote Stimmkarte gezeigt. Die Landesregierung weiß offenbar nicht, wie sich der Lehrermangel jetzt schon an den Schulen auswirkt. Ein Besuch in unserer Gesamtschule ist da sehr zu empfehlen.

Beim neuen Etat also Streichungen in fast allen Bereichen, dafür aber will die hessische Landesregierung 21 zusätzliche Planstellen für die beschleunigte Abwicklung der atomaren Genehmigungsverfahren einstellen. Hier wird deutlich, wie vor allem Hessens Wirtschaftsminister Karry auf die Durchsetzung des Bonner Atomprogramms drängt.

Auch im Etat 1981 haben die hessischen Städte und Gemeinden aus der Landeshauptstadt nichts zu erwarten. Im Gegenteil, durch die Senkung des kommunalen Finanzausgleichs von 23 auf 22 Prozent gehen den hessischen Kommunen 120 Millionen verloren. Erneut bleiben also Kindergärten, Kläranlagen und Sporthallen auf der Strecke. Auch unsere Stadt, die sich immer höher verschulden muß, hat darunter zu leiden.

Angesichts der drohenden Vernichtung von 17 000 Arbeitsplätzen in der hessischen Opel-Stadt Rüsselsheim, hätte man ein Sonderprogramm der Landesregierung erwartet, das sich auch im Etat niederschlägt. Auch hier: Fehlzanzeige!

Der hessische Etat-Entwurf 1981 zeigt erneut: Die sozialdemokratische Landesregierung verwaltet die Krise. Sie ist nicht bereit für eine grundlegende Neuorientierung der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik zugunsten der Kommunen und der arbeitenden Menschen einzutreten. Aber das erleben wir ja oft auch im Stadtparlament. Wer die Probleme lösen will, der muß dazu beitragen, daß in Bonn die Rüstungsausgaben gesenkt werden, der muß Bodenspekulation und Wirtschaftskriminalität bekämpfen, der muß richtige Einsparungen vornehmen, vor allem bei den Steuergeschenken und Subventionen für großkapitalistische Unternehmen. Dies aber setzt politisch handelnde und nicht bürokratisch verwaltende Parlamentarier auf allen Ebenen voraus.

Ja zu Olympia!



Hände an die Hosennaht?

Die Hände an die Hosennaht? Boykott – für wen? Für was? Lächerlich haben wir uns gemacht, im Abseits steht die Bundesrepublik.

„Aus für Olympia“ – so hatte BILD noch am 14. April frohlockt. Fünf Wochen später konnte BILD auch nur noch schreiben, was viele schon vorher wußten: „Olympia – alle fahren“. Ja, fast alle fahren, aber unser Land ist isoliert, in die Ecke gestellt von ehrgeizigen Politikern und blinden Sportfunktionären. Carter, der abenteuerliche Präsident, der seinen Wahlkampf gewinnen will, hatte den Boykott erfunden. Die Bundesregierung und Sportfunktionäre wie Weyer oder Brauchitsch standen bald mit den Händen an der Hosennaht, amerikanischer als die Amerikaner. Sie haben nicht nur unsere Sportler um die Früchte jahrelangen Fleißes gebracht, sie haben großen politischen Schaden angerichtet. Denn den Boykott-Schaden haben

allemaal noch wir. Wir stehen in einer Reihe mit Ländern wie Chile, Uruguay, Türkei, Pakistan, in denen faschistischer oder halbfaschistischer Terror herrscht. In unserem Namen posaunte die Bundesregierung, ganz Europa werde sich strahlend unserem Boykott anschließen - aber bundesdeutsche Großmannssucht hat eher das Gegenteil bewirkt.

Und noch eines gibt es zu bedenken: Der schädliche Boykott-Beschluß hat uns ja nicht gerade Freunde in der Welt gemacht. Die anderen westeuropäischen Nationen die jetzt in Moskau dabei sind, haben ihre Unabhängigkeit von den USA bezeugt.

Der größte Schaden aber wurde im Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung der Sowjetunion angerichtet, die das erste Mal nach 1945 Tausende Deutsche freundschaftlich empfangen wollte. Es ist beschämend.

TV-BOYKOTT

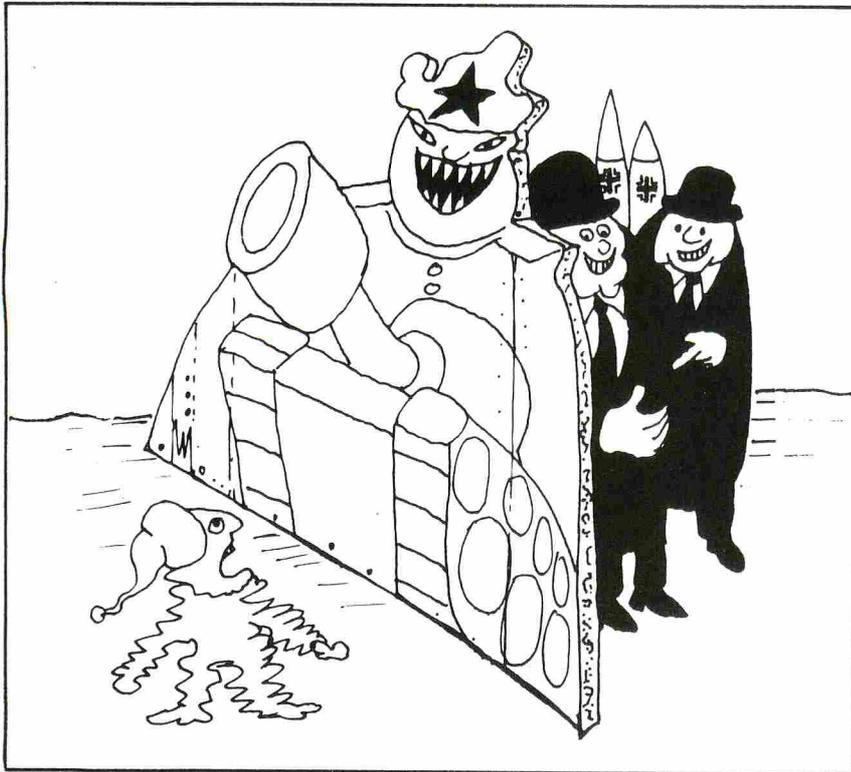
Olympische Abstinenz haben die Gewaltigen von ZDF und ARD ihrer Fernsehgemeinde verordnet. Medienboykott. Im Kielwasser der Boykotteure, von Carter bis zu den Bonner Parteien, haben sie die ursprünglich geplante Berichterstattung aus Moskau rigoros zusammengestrichen. Täglich 15 Minuten für Olympia nach der Tagesschau und während des heute-Journals. Das ist alles, was übrig geblieben ist. Ansonsten sollen wichtige olympische Ereignisse in die regulären Sport- und Nachrichtensendungen eingebaut werden.

Da gibt es auch in Mörfelden und Walldorf viele Bürger die sogar ihren Urlaub in die Olympia-Zeit gelegt haben um alles mitzukriegen. Viele sportbegeisterte Rentner hatten sich auf die Übertragungen gefreut. Das alles wurde vermasselt. Von ursprünglich 120 ARD-Mitarbeitern fahren nur 29 nach Moskau. Beim ZDF hat sich die Zahl von 70 auf 15 verringert. Millionen sportbegeisterten Bundesbürgern, die schließlich mit ihren Steuern und Gebühren die Massenmedien finanzieren, soll der sportliche Höhepunkt dieses Jahres vorenthalten werden. Mehr noch. Sie sollen auf keinen Fall die Möglichkeit haben, „live“, mit eigenen Augen die erfolgreichen Olympischen Spiele 1980 mitzerleben. Und sehen, daß Olympia lebt, trotz des von oben verordneten Zwangsboykotts unserer Sportler. Sie sollen nicht mit eigenen Augen sehen, wie Spitzenathleten ihr Bestes geben, Höchstleistungen bringen: Weltklassensport soll in Minisendungen untergebuttert werden. Statt dessen bietet man uns Filmkonserven. Schnulzen statt Olympia?

Die UZ schreibt nur für Dich



Jetzt UZ lesen!
Täglich mit
Olympia-
Sonderseiten!



„Ein bißchen verstaubt und wurmstichig ist das Stück ja, aber es tut immer noch seine Dienste.“

Gedanken über Afghanistan

Einen einzigen gab es in der Mitgliederversammlung des NOK, der sich die Mühe gemacht hat, über die Vorgänge in Afghanistan Informationen zu sammeln: Dr. Horst Meyer, ehemaliger Ruderer und persönliches Mitglied des NOK. Er sprach von den Plänen der USA, die Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion nach dem Verlust der iranischen Stützpunkte in Afghanistan fortzusetzen. Er sprach von der Tätigkeit des US-Geheimdienstes CIA, die Regierung in Kabul zu stürzen. Er sprach von geplanten Raketenbasen in Afghanistan. Alle Informationen aus seriösen, teils aus amerikanischen Quellen.

Aber die Scharfmacher im NOK wollten keine Informationen. Sie brauchten das Stichwort Afghanistan, um die Sportler erpressen zu können. Und dennoch: Die Wahrheit wird sich nicht aufhalten lassen. Und am Ende wird die Vernunft siegen, nicht die Boykotteure.

Des Westens liebstes Kind

Also was denn nun: Russen raus aus Afghanistan oder lieber doch nicht? Da soll sich einer auskennen!

Aus Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, kam eine Botschaft, ein Angebot. Inhalt: Um die krisenhafte Lage im Mittleren Osten zu entspannen, schließen Afghanistan, Pakistan und Iran ein Abkommen über freundschaftliche, gutnachbarliche Beziehungen. Dieses Abkommen soll von den USA und der Sowjetunion garantiert werden. Ein wesentlicher Inhalt des Abkommens: Schluß mit Bandenkriegen, Schluß mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans. Damit die über 90 Prozent Analphabeten endlich lesen und schreiben lernen können, damit die Frauen nicht mehr gegen Viehherden zur Heirat eingetauscht werden, damit die Bauern endlich Land erhalten, um darauf säen und ernten zu können. Mit diesem Angebot aus Kabul verbunden: Der Abzug der sowjetischen Truppen.

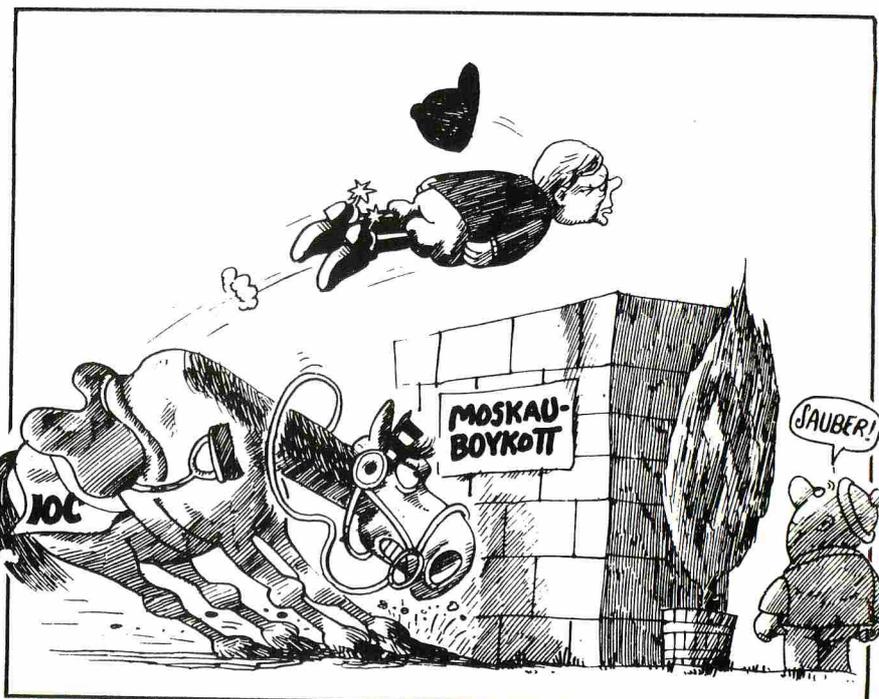
Nun hätte man denken können: Na also. Es gibt einen Weg, Spannungen aus der Welt zu schaffen, wenn man nur will. Aber die westliche Reaktion war ganz anders. Die USA wollten sich gar nicht äußern. Sie pumpten lieber weiterhin für Hunderte Millionen Dollar Waffen nach Pakistan. Die Bundesregierung sprach von „Propaganda“. Da wird man den Eindruck nicht los, als sei Afghanistan des Westens liebstes Kind. Was kann man damit nicht alles machen: Flugzeugträger in den Persischen Golf schicken, türkische Fa-

schisten mit Milliarden spicken, den Rüstungsetat und die Rüstungsprofite steigern, den Kalten Krieg anheizen, den Arbeitern und Angestellten Einkommenserhöhungen verweigern, die Olympiade in Moskau boykottieren.

Es zeigt sich, Afghanistan hat seine Wirkungen in unserem Land und es wird notwendig, daß alle Bürger einmal gründlich darüber nachdenken, was an der massierten West-Propaganda dran ist. Es schadet nicht, sich auch einmal aus anderen Quellen zu informieren.

Fundsache

„Mit frischen Vollmachten ausgestattet, plant die CIA neue Aktionen: auf der arabischen Halbinsel, in der Karibik und in Afghanistan.“ („Stern“ Nr. 28 v. 3. 7. 80, in einem Bericht über den amerikanischen Geheimdienst: „Die neuen Krallen der CIA“)



Mit Krediten über die Runden?

„Geballte Finanzkraft“ wird zur geballten Schuldenlast

In der letzten Stadtverordnetensitzung stand erneut die Aufnahme eines größeren Darlehens auf der Tagesordnung. Mit 2,8 Millionen DM mußte sich die Stadt für laufende Ausgaben in erster Linie für den Kanalverbund zwischen Walldorf und Mörfelden, aber auch für Erneuerungsmaßnahmen des Wasserwerkes verschulden, obwohl erst im März des Jahres ein Kredit in Höhe von 2,3 Millionen DM aufgenommen wurde.

Heinz Hechler erklärte hierzu für die DKP-Fraktion u. a.:

„Darlehensaufnahmen waren in den vergangenen Jahren kein Anlaß für Ausflüge in die große Politik. Die Zustimmung ging immer reibungslos vonstatten. Wir meinen jedoch, daß das Problem immer schwieriger wird. Es ist ein Skandal, wenn sich die Städte immer mehr verschulden müssen, um die notwendigsten Einrichtungen zu schaffen. Es sind z. B. in unserer Stadt unaufschiebbare Projekte der Daseinsfürsorge und keine überflüssigen Luxuseinrichtungen.

Zur Zeit stehen an:

- Verbesserungen der Wasserver- und -entsorgung (hauptsächlich im Stadtteil Walldorf)

- Bau neuer Entlastungsstraßen (Westtangente und Querspange)
- Bau eines neuen Kindergartens mit Kinderhort im Stadtteil Mörfelden
- Bau eines Altenwohnheimes mit Pflegestation im Stadtteil Mörfelden
- Bau einer Sporthalle in Walldorf
- Bau eines neuen Jugendzentrums in Walldorf

Die Städte können die sündhaft hohen Zinsen der Banken für die Finanzierung vorgenannter Maßnahmen nicht mehr aufbringen. Bereits heute könnte die Stadt Mörfelden/Walldorf für den jährlichen Schuldendienst fast zwei neue Kindergärten bauen.

Ist es der richtige Weg, diese ungeheu-

ren Lasten durch Gebührenerhöhungen wieder aufzufangen, wie es SPD und CDU immer wieder vorschlagen? Wir meinen, kommunale Betriebe und Dienstleistungs-Einrichtungen müssen subventioniert werden. Dafür bezahlen die Bürger genug Steuern. Wir glauben, daß den Arbeitern, Angestellten und Rentnern durch die gewaltigen Preissteigerungen, mit denen sich einige Konzerne goldene Nasen verdient haben, schon zuviel Geld aus der Lohntüte gezogen wird.

Die Kommunen haben hier geradezu die Pflicht stabilisierend einzuwirken.

Es muß von dieser Stelle aus immer wieder eine Umverteilung des Steueraufkommens zu Gunsten der Städte und Gemeinden verlangt werden. 1976 meinten die Sozialdemokraten dieser Stadt noch, die Fusion mit Walldorf bringe die geballte Finanzkraft. Was davon übrig geblieben ist, ist eine geballte Schuldenlast.

Heute kann man sagen, daß eine Erneuerung der Walldorfer Kläranlage bei weitem nicht die Kosten verursacht hätte, die der Kanalverbund zwischen beiden Städten, einschließlich der Pumpwerke und Regenüberlaufbecken verursacht.

Wenn wir uns heute abend bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten, dann wissen wir auch, daß ohne die Aufnahme eines Darlehens halb fertige Projekte und Bauruinen die Folge wären. Wir halten es aber für unsere Pflicht, zu dieser Entwicklung nicht länger zu schweigen und auch bei der Abstimmung ein Zeichen zu setzen. Der Stadtverordnete Schmidt, SPD, meinte, die DKP verfare unredlich. Stadtverordneter Jourdan war der Meinung, Gebühren müßten ausgleichend sein und der Stadtverordnete Jung, CDU, war der Meinung, die DKP verfare nach dem Motto „Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß“, oder die Ausführungen der DKP seien unglaubwürdig.

In sehr polemischer Weise ging sowohl der Fraktionsvorsitzende der SPD, Baldur Schmidt, als auch sein Kollege von der CDU, Hugo Jung, auf unsere Stellungnahme ein.

Die DKP-Fraktion gab dann folgendes zu bedenken: Der Schuldenberg hat in der BRD eine nie geahnte Höhe erreicht. Dieser hohe Schuldenberg ist Motor für die Preissteigerung und damit die Entwertung des Geldes. Dies treffe die Arbeiter und Angestellten am härtesten, denn sie könnten die Preissteigerungen nicht weitergeben.



Autorenlesung mit Peter Schütt

Vor einem interessierten Publikum las der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt (3. v. r.) beim III. Literaturcafe der DKP-Mörfelden aus seinem neuen Amerika-Buch. Dieses Buch ist eine Reisebeschreibung über das meist unbekannteste Amerika. Nicht die Glanzseiten des Landes „der unbegrenzten Möglichkeiten“, sondern die Arbeit, die Lage der Arbeiter, die Rassenprobleme sind der Inhalt dieses interessanten Werkes. Kein Wunder, daß viele Fragen an den Autor gestellt wurden und sich eine rege Diskussion entspann. Neben Großveranstaltungen mit ausländischen Ensembles will die DKP auch mit solchen kleinen Diskussionsrunden zur Bereicherung des kulturellen Lebens in unserer Stadt beitragen.

Keine Großkraftwerke im Kreisgebiet

Zum Standortsicherungsplan für Großkraftwerke

Das Land Hessen legte jüngst in einer umfangreichen Studie Standorte für eventuelle Wärmekraftwerke fest. Im Kreis Groß-Gerau sind hier die Standorte Trebur und Leeheim ins Auge gefaßt. Das Kreisparlament als auch die einzelnen Städte des Kreises sind hierzu aufgefordert, ihre Stellungnahmen abzugeben. Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung gab Rudolf Dötsch die Erklärung der DKP-Fraktion ab. Er sagte u. a.:

„Der Magistrat und die Mehrheitsfraktion unserer Stadt haben es sich mit der heute zu verabschiedenden Stellungnahme zum Standortsicherungsplan recht einfach gemacht, indem sie die Stellungnahme des Kreises übernehmen. Kommen wir heute auch zu einer gemeinsamen Ablehnung der vorgeschlagenen Standorte, so ist doch interessant zu hören, welche Argumente die einzelnen Fraktionen ins Feld führen. Lassen Sie mich vorab aber die gemeinsamen Gründe für die Ablehnung noch einmal kurz skizzieren.

Da ist vor allem die Gesamtbelastung des Raumes. Wir wollen ein gesamtökologisches Gutachten, bevor man überhaupt über einen Kraftwerksstandort diskutiert. Beachtet werden muß natürlich bei dieser Forderung, wer gibt das Gutachten in Auftrag und wer

bezahlt es. Wir haben das Problem ja schon bei der Diskussion um die Startbahn/West angesprochen.

Als weitere Punkte sind zu nennen die Hochwassergefährdung der geplanten Standorte und Zufahrten, die Wasserwirtschaft, die Störung und gar Zerstörung der Erholungsfunktion dieser Region und auch der Landschaft, ebenso der Tierwelt.

Die DKP ist weder gegen Kohlekraftwerke noch gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Nur stellen wir für die Anwendung dieser gefährlichen Energiequelle Bedingungen. Wir fordern, daß diese Industrie unter die Verfügungsgewalt des Staates fällt. Wir fordern, optimale Sicherungseinrichtungen und deren demokratische Kontrolle. Wir fordern vor dem Betreiben der KKW auch die Lösung des Entsorgungsproblems, der

Wiederaufbereitung als auch der Endlagerung.

Hier tut sich die Diskrepanz gegenüber der CDU auf, die jetzt für das Land Hessen einstimmig „Energiepolitische Leitlinie“ aufgestellt hat. Diese fordern eindeutig den baldigen Bau des Blockes C in Biblis. Nun frage ich mich, wie sie die Kurve kriegen. Im letzten Jahr waren sie, vor Ort noch mit uns einhellig der Meinung, diesen Bau verhindern zu wollen. Im Ausschuß deutete die Orts-CDU mittlerweile ein „Jein“ an. Jetzt haben die CDU-Parteioberen ein „Ja“ daraus gemacht. Damit sind alle Landtagsparteien eindeutig für den Bau des dritten Atomkraftwerkes in Biblis.“

Die Betriebszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für den Flughafen „Rhein-Main-Aktuell“, druckte in ihrer Juni-Ausgabe nachfolgenden Kommentar:

Schnauze halten und schuffen für die Startbahn-West

Der Vorstand der FAG ist auf Profitkurs! Dabei wird er angetrieben durch die Aktionäre Bund, Land und Stadt Frankfurt, die alle leere Kassen haben und auf FAG-Dividenden heißhungrig warten.

Die Jahrespressekonferenz der FAG am 19.6.80 hat dies erneut bestätigt.

Jährlich mindestens 20 Mio. DM Gewinn in den nächsten Jahren ist die Marschrichtung. Die Arbeiterinteressen kommen erst später oder gar nicht dran, d.h. konkret notwendige Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsplätze werden verschleppt oder gar nicht vorgenommen.

Als Druckmittel muß da wohl in den nächsten Jahren immer die Startbahn 18-West als Riesen-Investition herhalten. Die Logik des Vorstandes ist einfach:

Liebe Mitarbeiter, wir würden ja gerne noch viel mehr für Euch tun; aber wenn wir die 18-West nicht bauen, werden wir zum Provinzflughafen und dann sind Eure Arbeitsplätze nicht nur teilweise schlecht, sondern futsch.

Also, abwarten, Schnauze halten und für die 18-West ‚schuffen‘. Ein Programm für bessere Arbeitsplätze, Sozialräume, mehr vorbeugende Arbeitssicherheit, bessere Dienstpläne, Ausgleich für Schichtarbeit etc. — vielleicht in 10 Jahren?

Es könnte natürlich auch sein, daß es dann einen neuen ‚Sachzwang‘ gibt: Nach dem „Weg aus den roten Zahlen“ und jetzt der 18-West ist es dann vielleicht ein Super-Terminal für Super-Jumbos!



100 Jahre Turnen

Es ist schon fast zur Tradition des Großvereins SKV geworden, daß einmal im Jahr eine der 15 Sparten des Vereins ihr Jubiläum im großen Festzelt auf dem Festplatz begeht. Am Eröffnungabend war Anlaß viele treue Mitglieder zu ehren. Ebenso wurden die Leistungen der zahlreichen ehrenamtlichen Trainer und Betreuer gewürdigt. Besonders reichlichen Applaus erhielt Ludwig Hormel, der Tausende Mörfelder in seinen Turnstunden betreute. Im Reigen der Gratulanten fehlte auch die DKP nicht. Stadtverordneter Heinz Hechler wünschte dem Verein ein weiteres Gelingen seiner Arbeit in einer friedlichen Zukunft und meinte, daß die Sportler auch in Zukunft bei der DKP-Fraktion im Stadtparlament ein offenes Ohr für ihre Anliegen haben.



Am 21. Juni beging der Touristenverein „Die Naturfreunde“ im großen Saal des Bürgerhauses sein 60jähriges Bestehen. Die 350 Besucher der Jubiläumsveranstaltung, darunter Naturfreunde aus Forbach (Frankreich) erlebten ein buntes Programm.

Ergänzt wurden die Darbietungen durch Ausstellungen und eine Dokumentation, die die Naturfreunde als Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung auswies.



Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die wegfahren und denen die daheim bleiben, wünschen wir (ganz energisch) schönes Wetter und gute Erholung.

Die „blickpunkt“-Redaktion



Mörfelden gestern

Mörfelder Naturfreunde in den zwanziger Jahren bei einer Rast nach einer sicherlich herrlichen Wanderung. Viele bekannte Gesichter sind auf diesem Bild zu erkennen. Einige von ihnen haben leider bereits ihre „letzte Wanderung“ angetreten und weilen nicht mehr unter uns. Es wurde damals mehr gesungen und musiziert als heute. Oster- und Pfingstwanderungen waren immer ein großes Ereignis, wenn die Naturfreunde, unter Anteilnahme einer großen Zuschauermenge, mit Mandolinen und Gitarren Mörfelden verließen. 1933 wurde auch diese Arbeiterorganisation verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt und viele Funktionäre des Vereins verfolgt und ermordet. Stellvertretend für alle anderen sollen zwei aus der Wandergruppe erwähnt werden. Es sind Artur Wolf und Adam Kolb, die sich auch nach 1945 bis zu ihrem Lebensende aktiv für die Naturfreundebewegung eingesetzt haben. Die Ortsgruppe der Mörfelder Naturfreunde feierte im Juni dieses Jahres ihr 60jähriges Bestehen.